

Beraten - Beschließen – Durchsetzen

Zur weiteren Behandlung der Eckpunkte aus der Erklärung des Bundeskanzlers vom 14. März 2003

Im folgenden werden die konkreten Maßnahmen aufgelistet, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am vergangenen Freitag vorgeschlagen hat.

Zu diesen Maßnahmen hat das Bundeskabinett in seiner heutigen Sitzung die Zuständigkeiten entschieden und die ersten Arbeitsaufträge erteilt. Die Vorbereitung der Gesetze liegt bei der Bundesregierung.

Um eine präzise Begleitung der Gesamtvorhaben seitens der SPD-Bundestagsfraktion sicherzustellen, werden hier die Zuständigkeiten und vorläufigen Daten für die Fraktionsarbeit dargestellt.

Diese Auflistung wird fortlaufend mit weiteren Daten zur Zeitplanung und zur Mitberatung versehen. Ziel ist es, den gesamten Prozess für alle Mitglieder der Fraktion transparent zu halten. Haltet Euch mit Rückfragen und Hinweisen bitte an die genannten Arbeitsgruppen und die Fraktionsführung. Die Gesamt-Koordination für die Fraktion liegt beim GfV.

- **Gemeindefinanzen:**

Zur sofortigen Entlastung der Gemeinden beabsichtigt die Bundesregierung, sie von ihrem Beitrag zur Finanzierung des **Flutopferfonds** zu befreien. Das bringt Mehreinnahmen in Höhe von rund 800 Millionen Euro.

Ressort: BMF
AG: Finanzen
Stellv. FV: Joachim Poß

Das **Steuervergünstigungsabbau-Gesetz** und die **Abgeltungssteuer** werden voraussichtlich noch in diesem Jahr zu Mehreinnahmen von rund einer Milliarde Euro führen.

Ressort: BMF
AG: Finanzen
Stellv. FV: Joachim Poß

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz muss jetzt im VA behandelt werden. Der Gesetzentwurf für die Zinsabgeltungssteuer soll Ende März vorliegen. Das Gesetz ist zustimmungspflichtig.

Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger werden der Bundesanstalt für Arbeit zugeordnet, SoHi und AHi werden zu 'Arbeitslosengeld 2' verschmolzen.

Dieser Komplex wird im Rahmen der Gemeindefinanzreform geklärt:

Ressort: BMWA und BMF

AG: Wirtschaft und Arbeit/Finanzen

Koalitionsarbeitsgruppe unter der Leitung von Gerd Andres

Stellv. FV: Ludwig Stiegler Joachim Poß,

Termine: Im April wird die AG Alohi- und Sozialhilfe ihre Ergebnisse präsentieren. Bis zum Sommer sollen die Ergebnisse der Kommission im Ganzen vorliegen. Dabei geht es auch um die zukünftige Form der Gewerbesteuer, der gewerbesteuerlichen Organschaft und der Einbeziehung der Freien Berufe.

Ressort: BMF

AG: Finanzen

Stellv. FV: Joachim Poß

KFW-Kreditprogramm für die Kommunen:

7 Milliarden für ein kommunales Investitionsprogramm

Ressort: BMF und BMWA

AG: Finanzen und Wirtschaft und Arbeit

Stellv. FV: Joachim Poß, Ludwig Stiegler

KFW-Kreditprogramm für Private

8 Milliarden für die private Wohnungsbausanierung.

- **Finanzen und Haushalt:**

Wir werden zudem die **Abgeltungssteuer** auf Zinserträge einführen und es ermöglichen, im Ausland angelegte Gelder straffrei zurück zu transferieren.

Dazu braucht man auch Kontrollen. Sie sollten unbürokratisch, aber wirksam sein. Über die Ausgestaltung sind wir mit der Mehrheit des Bundesrates gesprächsbereit.

Ressort: BMF

AG: Finanzen

Stellv. FV: Joachim Poß

Termine: Der Gesetzentwurf wird bis Ende März vorliegen.
Das Gesetz ist zustimmungspflichtig.

- **Gesundheit:**

Ziele:

Hohe Qualität der Gesundheitsversorgung

kostenbewusstes Verhalten von Ärzten, Krankenkassen, Kliniken, Apothekern, Pharmaunternehmen - aber auch der Versicherten

- **Abbau von Verkrustungen.**

- mehr Wettbewerb im System

- kostentreibende **Monopolstrukturen** beseitigen - hierzu gehört auch das **Vertragsmonopol** der kassenärztlichen Vereinigungen. Es hat sich überlebt. Wir werden den Krankenkassen endlich ermöglichen, Einzelverträge mit Ärzten abzuschließen.

Auf der anderen Seite hat ein System mit 350 unterschiedlichen **Krankenkassen** ebenfalls Modernisierungsbedarf. So viele werden es nicht bleiben können.

Wir werden hier auf die Schaffung überschaubarer und leistungsfähiger Strukturen dringen.

Wir müssen bestimmen, was künftig zum **Kernbereich** der Gesetzlichen Krankenversicherung gehört, und was nicht.

- **Krankengeld.** Hier handelt es sich um einen klar abgrenzbaren Kostenblock, der auch für die Zukunft überschaubar bleibt.

- Befreiung der Gesetzlichen Krankenversicherung von einer Reihe sogenannter **versicherungsfremder Leistungen**. Dazu gehört zum Beispiel das Mutterchaftsgeld, das aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden muss.

- Der **elektronische Patientenausweis** und die **elektronische Krankenakte** sind nicht nur technologisch anspruchsvolle Projekte, die wir bis zum Jahre 2006 voll funktionsfähig haben wollen. Sie werden auch dazu beitragen, kostenaufwendige Doppel- und Mehrfachversorgungen zu vermeiden und die Qualität der Behandlung zu erhöhen.

- Durch die Umsetzung der vorgeschlagenen ordnungs- und strukturpolitischen Maßnahmen werden wir die Krankenversicherungsbeiträge unter 13 Prozent drücken können.

Gerade unter dem Aspekt von Eigenverantwortung sollten wir deshalb Instrumente wie differenzierte Praxisgebühren und Selbstbehalte nutzen.

Menschen mit geringen Einkommen, Kinder und chronisch Kranke werden davon ausgenommen.

Ressort: BMGS

AG: Gesundheit

Stellv. FV: Gudrun Schaich-Walch

Termine: Die Kommission wird im April / Mai ihre Ergebnisse präsentieren.
Der Gesetzentwurf soll im Mai vorliegen.

- **Rente**

Aus diesen beiden Gründen ist es nötig, bei der **Rentenversicherung** nachzujustieren. Dabei muss der Grundsatz beibehalten werden, dass die Renten gesichert und die Beiträge bezahlbar bleiben.

Das heißt aber auch, dass wir von der Rürup-Kommission ergänzende Vorschläge erwarten, wie die Rentenformel entsprechend anzupassen ist.

Ressort: BMGS
AG: Gesundheit
Stellv. FV: GSW
Termine: Der Gesamtbericht soll bis zum Herbst vorliegen.

- **Wirtschaft**

Mittelstandinitiative

Setzt sich zusammen aus:

- a) Small-business-act: „Ich-AG“, steuerliche Vergünstigung bei Existenzgründungen, Flexibilisierung der Handwerksordnung

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler
Termin: 1. Quartal 03, (Minimalbesteuerung),
2./3. Quartal 03 Handwerksordnung
Start 1.1.03 (rückwirkend)

- b) Bürokratieabbau: Vorschläge von Industrie und Wirtschaft wurden eingeholt und werden derzeit ausgewertet

Ressort: BMI
AG: Innen
Stellv. FV: Hans-Joachim Hacker
Termin: Teil des BMI am 26.02.03;
Teil vom BMWA (Arbeitsrecht) folgt

- c) Förderung der Berufsausbildung: schnellere Ausbildung/Kürzung auf zweijährige Berufsausbildung, Schaffung von modularen Ausbildungswege für benachteiligte Jugendliche

Ressort: BMBF / BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Nicolette Kressl und Ludwig Stiegler

- d) Außenwirtschaftsoffensive: Öffnung intern. Märkte für kleine und mittelständische Unternehmen

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler
Termin: 2. Quartal 2003

- e) Sicherung Finanzierung Mittelstand: Verbesserung der Zahlungsmoral, Mittelstandsbank und -finanzierung aus einer Hand

Ressort: BMF
AG: Finanzen
Stellv. FV: Joachim Poß
Termin: Kabinettsentwurf am 17.03.2003 (Mittelstandsbank)
1. Lesung am 20./21.März

- f) Innovationsoffensive: Bessere Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Forschung

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler

Als Teil des small-business-act soll für Existenzgründer die maximale Befristung von Arbeitsverhältnissen auf vier Jahre verdoppelt werden.

Desweiteren soll in den ersten vier Jahren die Existenzgründer von den Pflichtbeiträgen zur IHK befreit werden

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler

Nach zehn Jahren Berufstätigkeit sollen Gesellen einen Rechtsanspruch auf die selbständige Ausübung ihres Handwerks haben. Außerdem soll es künftig möglich sein, dass der Chef eines Betriebes selbst kein Meister ist, es reicht, wenn er einen Meister einstellt.

Teil der Novellierung der Handwerksordnung im Rahmen des small-business-act.

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler
Termin: 2./3. Quartal 2003

- **Bereich Arbeit**

Hartz III: Umbau Bundesanstalt für Arbeit/Verwaltungsvereinfachung
Zeitablauf: Koalitionsarbeitsgruppe unter Vorsitz von Gerd Andres legt vor der Sommerpause Bericht. Ab dritten Quartal parl. Beratung

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler
Termin: ab 1.1.2004

Hartz IV: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Zeitablauf: Koalitionsarbeitsgruppe unter Vorsitz von Gerd Andres legt vor der Sommerpause Bericht. Ab dritten Quartal parl. Beratung (siehe GFR).

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler
Termin: ab 1.1.2004

Das Arbeitslosengeld soll für die unter 55-jährigen auf 12 und für die über 55-jährigen auf 18 Monate begrenzt werden.

Ressort: BMWA
AG: Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Ludwig Stiegler

Änderung der Ausbildungseignungsverordnung (Ausbildereignung nach fünf Jahren Betriebsführung):

Ressort: BMBF
AG: Bildung
Stellv. FV: Nicolette Kressl

Änderung der Ausbildungseignungsverordnung (Ausbildereignung nach fünf Jahren Betriebsführung):

Ressort: BMBF
AG: Bildung und Forschung /mitberatend Wirtschaft und Arbeit
Stellv. FV: Nicolette Kressl

Weitere Felder:

Vorschulische Betreuung:

Ressort: BMBF
AG: Bildung und Forschung
Stellv. FV: Nicolette Kressl

**SPD-Bundestagsfraktion
Planungsgruppe**

Ganztagsbetreuung:

Ressort: BMBF

AG: Bildung und Forschung

Stellv. FV: Nicolette Kressl

Bildungsgipfel:

Ressort: BK-Amt

AG: Bildung und Forschung

Stellv. FV: Nicolette Kressl

Forschungsförderung / Etat Forschungseinrichtungen:

Ressort: BMBF / BMF

AG: Bildung und Forschung

Stellv. FV: Nicolette Kressl